

# § 2: Das Urhebervertragsrecht – eine unvollendete Reform?

Karl-Nikolaus Peifer

## A. Vergütung und Werkkontrolle als Eckpunkte des urheberrechtlichen Eigentumsschutzes

„Kreative Produkte brauchen kreative Menschen, die auch von ihrer Arbeit leben können“. Mit diesem Satz formuliert die Enquête-Kommission des Deutschen Bundestages „Internet und Digitale Gesellschaft“ das urheberrechtliche Problemfeld<sup>1</sup>, das auch den Kölner Entwurf initiiert hat.

Das Bundesverfassungsgericht hat stets anerkannt, dass „die vermögenswerten Rechte des Urhebers“ Eigentum im Sinne des Art. 14 Abs. 1 Satz 2 GG sind.<sup>2</sup> Der Gesetzgeber hat Inhalt und Schranken auch des Urheberrechts auszugestalten, darf dabei aber nicht beliebig verfahren, sondern muss „bei der Festlegung der Befugnisse und Pflichten, die den Inhalt des Rechts ausmachen, den grundlegenden Gehalt der Eigentumsgarantie wahren“.<sup>3</sup> Den Kern dieser von der Verfassung geschützten Befugnisse des Urhebers hat das BVerfG jüngst nochmals mit folgenden Worten beschrieben: „Die grundsätzliche Zuordnung des vermögenswerten Ergebnisses der schöpferischen Leistung an den Urheber sowie die Freiheit, in eigener Verantwortung darüber verfügen und seine Leistung wirtschaftlich zu angemessenen Bedingungen verwerten zu können, genießen den Schutz des Eigentumsgrundrechts; sie machen den grundgesetzlich geschützten Kern des Urheberrechts aus“.<sup>4</sup> Verfügungsbefugnisse äußern sich auch in Kontrollbefugnissen, die Freiheit zur

---

<sup>1</sup> BT-Drucks. 17/7899, S. 42 ff. unter 2.2.

<sup>2</sup> Vgl. nur BVerfGE 31, 229, 241.

<sup>3</sup> BVerfGE 31, 229, 241.

<sup>4</sup> BVerfGE 134, 204 = GRUR 2014, 169 Tz. 87.

---

K.-N. Peifer (✉)

Universität zu Köln, Albertus-Magnus-Platz, 50923 Köln, Deutschland

E-Mail: [medienrecht@uni-koeln.de](mailto:medienrecht@uni-koeln.de)

© Springer-Verlag Berlin Heidelberg 2016

K.-N. Peifer (Hrsg.), *Urhebervertragsrecht in der Reform*,

Bibliothek des Eigentums 13, DOI 10.1007/978-3-662-47503-4\_2

wirtschaftlichen Verwertung ist ausdrücklich auch daran gebunden, diese Verwertung zu „angemessenen Bedingungen“ durchführen zu können. Interessanterweise hat das Gericht bei der Abwägung zwischen Verwerter- und Urheberbefugnissen die ersteren nur nach Art. 12 Abs. 1 GG, also als Ausdruck der wirtschaftlichen Entfaltungsfreiheit, geschützt, letztere dagegen als Eigentum unter Art. 14 Abs. 1 GG subsumiert. Der Interessenkonflikt zwischen Verwerter und Urheber erfordert also eine Abwägung dieser beiden Grundrechte, die letztlich eine Abwägung zwischen formaler und materieller Vertragsfreiheit sein wird. Oder wie es das BVerfG formuliert: „Der Gesetzgeber ist nicht daran gehindert, jenseits allgemein-zivilrechtlicher Generalklauseln spezielle Schutzmechanismen einzuführen (...). Insbesondere kann er durch spezielle Schutzvorschriften zu Gunsten des typischerweise unterlegenen Vertragsteils einen stärkeren Schutz vorsehen, als ihn die Gerichte durch Anwendung der bestehenden Generalklauseln im konkreten Fall gewähren könnten.“<sup>5</sup> An dieser Stelle setzte daher auch die Urhebervertragsrechtsreform 2002 an.

## **B. Was der Gesetzgeber 2002 wollte**

### ***1. Angemessene Vergütung als Leitprinzip***

Das sog. „Gesetz zur Stärkung der vertraglichen Stellung von Urhebern und ausübenden Künstlern“ trat am 1. Juli 2002 in Kraft.<sup>6</sup> Es sollte die vertragliche Stellung der Urheber und ausübenden Künstler gegenüber den Werkvermittlern zum Teil durch zwingende Schutzvorschriften, zum Teil durch Verfahren zur Verbesserung der strukturellen Stellung freischaffender Kreativer in Verhandlungen gegenüber Verlegern, Produzenten und Auftraggebern, verbessern. Der Gesetzgeber hat insoweit ein wirtschaftliches Ungleichgewicht der Beteiligten festgestellt und sah sich aufgrund der hieraus folgenden „Gefahr einseitig begünstigender Verträge“ zum Handeln aufgerufen.<sup>7</sup> Den zugrundeliegenden rechtstatsächlichen Befund hat das Bundesverfassungsgericht ausdrücklich gebilligt.<sup>8</sup> Das Gesetz kodifiziert das Leitbild der angemessenen Vergütung der Kreativen in einem neuen § 11 Satz 2 UrhG und schafft ein abgestuftes System gesetzlicher Ansprüche, das primär Vergütungsvereinbarungen zwischen Urheber- und Verwerterverbänden, hilfsweise direkte Ansprüche der Urheber, flankierend Ansprüche auf Vertragsanpassung und ergänzende Vergütung gegen Verwerter einführt.

Die Debatte um einen Schutz der Urheber auf der Ebene des Urhebervertragsrechts ist älter als das Gesetz von 2002. Bereits im Jahre 1977 legte Eugen Ulmer ein Gutachten im Auftrag des Bundesjustizministeriums vor, in dem er die Aus-

<sup>5</sup> BVerfGE 134, 204 Tz. 70.

<sup>6</sup> Art. 3 des Gesetzes vom 22.3.2002, BGBl. I S. 1155.

<sup>7</sup> BT-Drs. 14/8058, S. 1.

<sup>8</sup> BVerfGE 123, 204 Tz. 77.

gangslage nahezu identisch beschrieb, wie es auch der Gesetzgeber des Jahres 2002 tat.<sup>9</sup>

Wir wissen ... um die Bedeutung des Vertrags als eines Mittels zur Erreichung eines angemessenen Interessenausgleichs. Voraussetzung dafür bleibt aber ein gewisses Gleichgewicht der Kräfte. Wenn es daran angesichts der Machtposition der einen Vertragspartei fehlt, kann die unbegrenzte Vertragsfreiheit zu Ergebnissen führen, die mit den Grundforderungen der Gerechtigkeit in Widerspruch stehen. Es geht hier um bekannte Grundsätze der neueren Rechtsentwicklung, wie sie u. a. im Arbeits- und Mietrecht sowie bei der Beurteilung der ... einseitigen Formulierung von Geschäftsbedingungen zum Ausdruck kommt.<sup>10</sup>

Die geistige Urheberschaft der Leitlinien des Urhebervertragsrechts wurde ergänzt um die Stellungnahme des BVerfG zur gestörten Vertragsparität im Falle von Bürgschaftsverträgen, die Banken den Angehörigen ihrer Kreditnehmer häufig abverlangen.<sup>11</sup> Dort führte das Gericht allgemein aus:

handelt es sich ... um eine typisierbare Fallgestaltung, die eine strukturelle Unterlegenheit des einen Vertragsteils erkennen lässt, und sind die Folgen des Vertrags für den unterlegenen Teil ungewöhnlich belastend, so muss die Zivilrechtsordnung darauf reagieren und Korrekturen ermöglichen.

In den 1990er Jahren war diese Entscheidung im Urheberrecht eine der meistdiskutierten. Sie bildete den maßgeblichen Anker für die Reform des Urhebervertragsrechts. Der sog. „Professorenentwurf“ des Jahres 2002<sup>12</sup> zeugt davon.

Die beiden Zitate erklären auch, warum sich die Reform darauf beschränkte, die vertragliche Stellung von Urhebern und ausübenden Künstlern zu stärken und den Hebel dazu in der Durchsetzung einer angemessenen Vergütung zu sehen. Dieses sozialpolitische Ziel war ohne Zweifel attraktiv und auch heute noch liegt hierin ein Anreiz für die Politik. Denn wer wollte sich schon dagegen wenden, dass kreative Arbeit auch angemessen bezahlt werden soll? Dies tun insbesondere auch die Verwerter nicht. Die Presseverleger haben in ihrer Hamburger Erklärung aus dem Jahr 2009 betont:

Zahlreiche Anbieter verwenden die Arbeit von Autoren, Verlagen und Sendern, ohne dafür zu bezahlen. Das bedroht auf die Dauer die Erstellung von Qualitäts-Inhalten und von unabhängigem Journalismus.<sup>13</sup>

Und der Vorstandsvorsitzende des Axel-Springer SE, Dr. Mathias Döpfner, erklärt in einer Pressemitteilung zur Hamburger Erklärung:

<sup>9</sup> *Ulmer*, Urhebervertragsrecht, insbesondere zum Recht der Sendeverträge (Gutachten im Auftrag des Bundesministers der Justiz), 1977.

<sup>10</sup> *Ulmer*, aaO. S. 11 f. (Nr. 6).

<sup>11</sup> BVerfGE 89, 214 = NJW 1994, 36.

<sup>12</sup> Entwurf vom 22.5.2000, verfasst durch *Dietz, Loewenheim, Nordemann, Schrickler* und *Vogel*, in der geringfügig überarbeiteten Fassung vom 17.8.2000, veröffentlicht in GRUR 2000, 765–778.

<sup>13</sup> Die von mehr als 165 Verlagen unterschriebene Erklärung vom 26.6.2009 ist abrufbar unter [http://www.axelspringer.de/downloads/21/153453/Hamburger\\_Erklaerung.pdf](http://www.axelspringer.de/downloads/21/153453/Hamburger_Erklaerung.pdf).

Es gibt vor allem zwei Ziele: Eine faire Beteiligung an den Umsätzen derjenigen, die unsere Inhalte vermarkten, und darüber hinaus die Entwicklung eines Marktes für bezahlte Inhalte in der digitalen Welt.<sup>14</sup>

Man ist sich also einig über das Prinzip einer angemessenen Vergütung für kreative Leistungen. Uneinig ist man sich allerdings darüber, wie die Vergütungen zwischen Verwertern und Urheber aufzuteilen sind.

## ***II. Die Grundsätze des „Stärkungsgesetzes“***

- a. Der noch im Professorenentwurf vorgeschlagene gesetzliche Anspruch auf angemessene Vergütung überlebte die politische Debatte nicht. Es blieb ein vertraglicher Anspruch auf angemessene Vergütung, der konstruktiv ein Vertragsanpassungsanspruch war für Fälle, in denen die getroffene Vereinbarung unangemessen war. Flankiert wird dies durch einen Anspruch auf „weitere Beteiligung“, wenn sich die ursprüngliche Vereinbarung später als unangemessen erwies. Hier finden sich Elemente der früheren Bestsellerregelung.
- b. Die schwierigste Frage liegt darin, die Angemessenheit der Vergütung zu definieren. Der Gesetzgeber hat dies erst gar nicht versucht, sondern – vor allem auf Betreiben der Kreativwirtschaft – der Selbstregulierung den Vorrang eingeräumt. Durch gemeinsame Vergütungsregeln und Tarifverträge sollen kollektive Verhandlungsmechanismen aktiviert werden. Auf diese Weise sollen die Beteiligten selbst fixieren, was sie als angemessen ansehen. Die Resultate solcher Selbstregulierung sollen eine Richtigkeitsgewähr in sich tragen. Nur wenn es an solchen Regeln fehlt, soll eine Angemessenheitskontrolle durch eine gerichtliche Korrektur des geschlossenen Vertrages möglich sein. Die Kriterien für diese vom Gesetzgeber bewusst ermöglichte richterliche Preissetzung sind aber vage. § 32 Abs. 2 Satz 2 UrhG beschreibt sie mit dem Blankett „redliche Branchenübung“. Die dafür im Gesetz genannten Hilfskriterien umschreiben zwar, dass es auf Dauer, Intensität und Zeitpunkt der Nutzung ankommt, ferner die Branchengewohnheiten einen Anhaltspunkt bieten, ein Preisschild kommt dabei allerdings nicht heraus. Erstaunlicherweise ist der Mechanismus der in der Praxis wirkungsvollste geblieben, weil die Selbstregulierung auch zehn Jahre nach Inkrafttreten des Gesetzes nur in wenigen Branchen erfolgreich war.
- c. § 32a UrhG ist eine modifizierte Fassung des ehemaligen Bestsellerparagraphen. Die Vorschrift ist aus Urhebersicht besonders interessant, weil sie nunmehr auch gegen schlecht ausgehandelte Verträge schützt. Gerade das Problem des Urhebers, der „jung ist und das Geld braucht“, wird hiermit in gewisser Weise entschärft. Erweisen sich die Leistungen als erfolgsträchtig, so dass die ursprünglich ausgehandelte Vergütung aufgrund des Erfolges nicht mehr angemessen ist,

<sup>14</sup> Pressemitteilung vom 9.7.2009; abrufbar unter [http://www.axelspringer.de/presse/Internationale-Verlage-unterzeichnen-Hamburger-Erklärung-zum-Schutz-des-geistigen-Eigentums\\_887946.html](http://www.axelspringer.de/presse/Internationale-Verlage-unterzeichnen-Hamburger-Erklärung-zum-Schutz-des-geistigen-Eigentums_887946.html).

gibt es einen gesetzlichen Nachvergütungsanspruch. Der Gesetzgeber hat nicht klar definiert, was ein auffälliges Missverhältnis darstellt, aber jedenfalls eine 100%-Grenze genannt.<sup>15</sup> Der BGH hat in einem Fall geurteilt, dass ein auffälliges Missverhältnis vorliegt, wenn nur 50 % der angemessenen Vergütung gezahlt wurden.<sup>16</sup>

Untergeordnete Beiträge im Filmbereich sollen davon nicht profitieren. Gleichwohl sind es in der Praxis auch die Urheber solcher Leistungen, die ergänzende Beteiligung begehrten, so die Gestalterin des Tatort-Vorspanns<sup>17</sup> oder der Synchronsprecher des Hauptdarstellers im Film „Fluch der Karibik“,<sup>18</sup> dessen Leistung nicht als „gänzlich untergeordnet“ angesehen wurde. Auch für den Film „Das Boot“ wurde die Leistung des Kameramannes nicht als gänzlich untergeordnet bezeichnet.<sup>19</sup> Die Fälle zeigen, dass schwierige Abgrenzungsfragen vom Gesetz nicht gelöst werden.

### **III. Was wurde erreicht?**

- a. Auch wenn der gesetzliche Vergütungsanspruch der Kreativen für jede Werknutzung nicht eingeführt wurde, so wurde die Vertragsmacht der Urheber und ausübenden Künstler doch erheblich gestärkt. Vergütung ist das Prinzip, die Versagung einer Vergütung nach dem gesetzlichen Modell die begründungsbedürftige Ausnahme. Der Vergütungsanspruch bezieht sich auch nicht von vornherein auf eine Beteiligung an den Erträgen des Verwerter. Denn § 32 UrhG stellt klar, dass die Vergütung bereits für die Einräumung des Nutzungsrechts anfällt, nicht erst für die Ausübung des Rechts. Marktwirtschaftlich ist das wenig überraschend. Das Brötchen beim Bäcker muss bezahlt werden, wenn es übergeben wird, nicht erst, wenn der Kunde Stunden später hineinbeißt oder der Imbissbetreiber die Bratwurst einwickelt, die einen Abnehmer gefunden hat. Wenn man sich fragt, warum dieser Gedanke so lange ungeregelt blieb, so liegt dies zunächst nachvollziehbar daran, dass erst die Nutzung des Werkes für den Verwerter Erträge abwirft. Diese Erträge sind bei Ankauf der Rechte noch gänzlich unklar. Das Werk mag ein Flop werden. Manche Rechte mögen erst nach Jahren ausgeübt werden. Die Kalkulation der Vergütung ist aus Sicht des Verwerter also durchaus riskant, denn er weiß nicht, ob er einen Ladenhüter oder einen Bestseller eingekauft hat. Gleichwohl: aus Urhebersicht liegt hier der entscheidende Vorteil. Andererseits zeigt sich hier schon ein erster Bruch, der auch marktwirtschaftlich nicht selbstverständlich ist. Denn der Fall, dass eine Leistung in Anspruch genommen und erst bei Erfolg vergütet wird, ist in der

---

<sup>15</sup> BT-Drucks. 14/8058, S. 19.

<sup>16</sup> BGH GRUR 2012, 1248 Tz. 55 – Das Boot; weitere Maßstäbe bei Dreier/Schulze, § 32a Rn. 37.

<sup>17</sup> OLG München ZUM 2011, 422 – Tatort-Vorspann.

<sup>18</sup> BGH GRUR 2012, 1248 – Fluch der Karibik.

<sup>19</sup> BGH GRUR 2012, 496 – Das Boot.

wirtschaftlichen Wirklichkeit eine Ausnahmekonstellation. Die Verwerter selbst beharren nicht ohne Grund darauf, dass große Intermediäre ihre Leistungen einkaufen und nach dem Lizenzwert vergüten. Eine bloße Beteiligung an den Erträgen der Intermediäre wird typischerweise nicht geduldet. Hier liegt die Quelle für zahlreiche Streitigkeiten mit Plattformen wie YouTube oder Spotify.

- b. Die Regelung zur Beteiligung von Urhebern an den Verwertungserfolgen ist generalisiert. Sie nimmt keine Rücksicht auf Besonderheiten. Daher geht auch das Gesetz davon aus, dass Pauschalvergütungen und Einzelvergütungen ebenso möglich sind wie der Rechte-Buy-Out.
- c. Der Vorrang der Selbstregulierung hat einen Vorwurf ausgeräumt: dass nämlich der Gesetzgeber in die Vertrags- und Tarifautonomie übermäßig eingreift, indem er das Ergebnis der Verhandlungen vorgibt.<sup>20</sup> Der Gesetzgeber war allerdings selbst skeptisch, ob die den Verbänden überlassene Freiwilligkeit tatsächlich zu Ergebnissen führen würde, und behielt sich ein erneutes Einschreiten ausdrücklich vor.<sup>21</sup> Es erwies sich als durchaus hellsichtig, die gerichtliche Entscheidung im Einzelfall als Hilfslösung zu etablieren.
- d. Bisher eher rhetorischer Natur blieb das Prinzip der Vergütung in § 11 S. 2 UrhG. Es ist aber immerhin ein Leitbild, das eine allzu urheberfeindliche Praxis hindert.

#### ***IV. Grenzen der Urhebervertragsrechtsreform 2002***

- a. Die Reform des Jahres 2002 war fokussiert auf die Durchsetzung einer angemessenen Vergütung, also durchaus geldorientiert. Das Urhebervertragsrecht als eine Art Urheberschuldrecht – etwa nach dem Vorbild des Verlagsgesetzes – wurde nicht realisiert. Auch branchenbezogene Vertragsleitbilder, etwa über Sendeverträge, Bühnenverträge oder Verträge im Bereich der bildenden Kunst fehlen nach wie vor.
- b. Ein wichtiges Instrument zur Erhaltung der Kontrolle des Urhebers, nämlich die Begrenzung von Laufzeiten oder die Einführung von zwingenden Kündigungsrechten, wurde nicht angestrebt.
- c. § 31 Abs. 5 UrhG sieht zwar vor, dass im Zweifel nur die vertraglich genannten oder für den Vertragszweck erforderlichen Rechte eingeräumt werden, eine zwingende Begrenzung der Nutzungsrechtseinräumung fehlt jedoch. Auch der Erwerb von Rechten auf Vorrat ist – bei angemessener Vergütung – unbegrenzt möglich. Ausgeübt werden müssen die Rechte nicht.
- d. Von den Urheberverbänden bedauert wird das Fehlen einer gerichtlichen oder gesetzlichen Regelung über die kollektive Rechtswahrnehmung. Verbände dürfen nicht für ihre Urheber tätig werden, wenn es darum geht, eine angemessene

<sup>20</sup> Vgl. hierzu das Gutachten *Gounalakis/Heinze/Dörr*, Urhebervertragsrecht, 2001, S. 113: übermäßiger Eingriff in die negative Tariffreiheit von Werknutzern; dagegen *Schlink/Poscher*, Verfassungsfragen der Reform des Urhebervertragsrechts, 2002, S. 16.

<sup>21</sup> BT-Drucks. 14/8058, S. 20.

Vergütung im Einzelfall durchzusetzen. Die Angemessenheitskontrolle findet vor deutschen Gerichten zwar mittlerweile im UWG und im Unterlassungsklagengesetz statt, das Urhebervertragsrecht selbst geht allerdings noch von dem Leitbild des unternehmerischen Einzelurhebers aus, der seine Rechte selbst wahrnehmen muss, naturgemäß auch um den Preis, dass er – wenn er dies allzu nachdrücklich tut – künftig von den Verwertern als Auftragnehmer gemieden werden mag.<sup>22</sup>

## V. Nicht Erreichtes

In einer Tagung des Instituts für Rundfunkrecht an der Universität zu Köln wurden folgende Kritikpunkte an der gesetzlichen Lösung diagnostiziert:<sup>23</sup>

- Der Zentralbegriff der Vergütungsregelung des Gesetzes ist der der „Angemessenheit“ einer Vergütung. Es fehlt eine gesetzliche Definition hierfür, die Gerichte mussten insoweit erst Kriterien herausarbeiten.<sup>24</sup>
- Die Entwicklung gemeinsamer Vergütungsregelungen sollte die richterliche Preisfindung zwar überflüssig machen. Doch dauerten die Verfahren nach dem Eindruck mancher Beteiligten zu lange,<sup>25</sup> ein Anreiz zu Verhandlungen war teilweise erschwert, die gefundenen Lösungen sind noch nicht flächendeckend. Insgesamt kann die kollektive Einigung weder erzwungen noch durch richterliche Entscheidung ersetzt werden. Vorhandene Vergütungsregelungen sind allenfalls ein Indiz dafür, dass die Lösung jedenfalls für die betroffene Branche angemessen ist. Dieses Indiz mag auf andere Verfahren durchschlagen.
- Individuelle Vergütungsklagen werden von den betroffenen Urhebern immer noch als gefährlich empfunden, weil die Exposition ihres Rechtsstandpunktes zu der Gefahr eines „Blacklisting“ innerhalb ihrer Branche führen kann.<sup>26</sup>

Die anlässlich der Tagung entwickelten Kritikpunkte entsprechen in vielen Punkten den Handlungsempfehlungen der Enquête-Kommission „Internet und Digitale Gesellschaft“. Der Dreizehnte Zwischenbericht der Kommission vom 19. März 2013 fordert eine Vertragszweckbindung für Nutzungsrechtseinräumungen, eine

<sup>22</sup> Dieses Problem schilderte bereits Eugen *Ulmer*, Urhebervertragsrecht, Nr. 7, S. 12: „Heinrich Böll konnte es sich leisten, die Honorarbedingungen einer Rundfunkanstalt, die seinem Vertrag zugrunde gelegt werden sollten, zu beanstanden, andere Autoren müssen in Fällen solcher Beanstandung befürchten, dass sie in Zukunft von der Erteilung von Aufträgen ausgeschlossen werden.“

<sup>23</sup> Vgl. im Überblick: *Kling*, Tagungsbericht, in Peifer (Hg.), Urhebervertragsrecht – Gelungen oder reformbedürftig?, München 2014, S. 2 ff.

<sup>24</sup> Vgl. nur *Berger*, in Peifer (Hg.), Urhebervertragsrecht, 2014, S. 9, 15; *Bornkamm*, ebda., S. 9, 27 f. und 40.

<sup>25</sup> Dazu *Diesbach*, in Peifer (Hg.), Urhebervertragsrecht, 2014, S. 163; *Schimmel*, ebda., S. 121, 130 und 136. Verfahrensrechtliche Verbesserungsvorschläge bereits bei *Spindler*, Reformen der Vergütungsregeln im Urhebervertragsrecht. Gutachten erstellt im Auftrag der SPD-Fraktion des Deutschen Bundestages, 2012, veröffentlicht in ZUM 2012, 921.

<sup>26</sup> Dazu mit Beispielen G. *Schulze*, in Peifer (Hg.), Urhebervertragsrecht, 2014, S. 149.

angemessene Vergütung über die gesamte Schutzdauer bei sog. „Total-Buyout-Verträgen“, eine durchsetzungsstarke Ausgestaltung des Anspruchs auf angemessene Vergütung und eine Stärkung der Kündigungs- und Rückrufrechte der Autoren.<sup>27</sup>

Die Verfasser dieses Entwurfs gehen davon aus, dass es das erklärte Ziel des Gesetzgebers war, durch die Urhebervertragsrechtsreform von 2002 die strukturell bedingte Benachteiligung von Urhebern und ausübenden Künstlern im Verhältnis zu den Rechteinhabern durch Einführung von die Verwerterseite einseitig begünstigenden Vorschriften zu korrigieren. Dieses – von breiten Kreisen in Politik und Gesellschaft unterstützte – Ziel ist Ausgangspunkt für die nachfolgenden Änderungsvorschläge. Der Entwurf möchte die bisher identifizierten Defizite in der Zielerreichung durch gezielte Änderungsvorschläge in den Vorschriften des Urhebervertragsrechts beseitigen. Dabei wird der Weg einer möglichst schonenden und systemerhaltenden Korrektur der etablierten gesetzlichen Regelung gewählt. Grundsätzliche Paradigmenwechsel sollen dabei so weit als möglich vermieden werden.

## **C. Streitpunkt gemeinsame Vergütungsregeln**

### ***1. Gemeinsame Vergütungsregeln als Ansatz auf halbem Wege stehen geblieben***

Eine erste Lücke, die sich in der Praxis gezeigt hat, betrifft die Aufstellung und Durchsetzung gemeinsamer Vergütungsregeln.

Die Hoffnung des Gesetzgebers, dass sich im Bereich der Urheberrechtsbranchen flächendeckend allgemeine Vergütungsregeln durchsetzen würden, hat sich bisher nur teilweise erfüllt.<sup>28</sup>

Im Jahr 2004 stellte die sog. Kultur-Enquête-Kommission des Deutschen Bundestages in einer öffentlichen Anhörung fest, dass knapp zwei Jahre nach Inkrafttreten des Gesetzes noch keine kollektiven Vergütungsvereinbarungen geschlossen waren. Die Kommission befand, dass hierfür auch unklare und unvollständige Regelungen im sog. „Stärkungsgesetz“ verantwortlich sind.

Aus heutiger Sicht hat sich dieser Befund etwas verbessert. Mittlerweile existieren in mehreren Branchen Vergütungsregeln, darunter die

<sup>27</sup> 13. Zwischenbericht, BT-Drucks. 17/12542 S. 87 f.

<sup>28</sup> Vgl. Bornkamm, in Peifer (Hg.), Urhebervertragsrecht, S. 27, 34; Schack, aaO. S. 55, 67, vgl. auch Schimmel, ZUM 2010, 95, 102; krit. zur Tendenz, sich einer Vergütungsregel zu entziehen G. Schulze, in Peifer (Hg.), Urhebervertragsrecht, 2014, S. 149.



- Vergütungsregeln für die Autoren belletristischer Werke (2005<sup>29</sup>),
- Vergütungsregeln für freie hauptberuflich tätige Journalisten bei Tageszeitungen (29.1.2010),<sup>30</sup>
- Vergütungsregeln für Fotohonorare der hauptberuflich tätigen Journalisten.<sup>31</sup>

Zum Teil sind Vergütungsregeln unmittelbar zwischen einzelnen Werknutzern (Verwertern) und Vertretern der Kreativen zustande gekommen, so etwa die

- „Rahmenvereinbarung für die Neuregelung der Vergütungssätze und des Vergütungssystems“ zwischen dem Zweiten Deutschen Fernsehen und dem Verband Deutscher Bühnen- und Medienverlage e. V. (VDB) (21.12.2011).<sup>32</sup>
- „Vereinbarung über die Eckpunkte für Verträge zwischen Auftragsproduzenten und Autoren“ zwischen dem Verband Deutscher Drehbuchautoren e. V. (VDD), dem ZDF und der Allianz Deutscher Produzenten – Film & Fernsehen e. V. (Produzentenallianz) (Mai/Juli 2012)<sup>33</sup>
- Vergütungsregeln zwischen dem Bundesverband der Film- und Fernsehregisseure e. V. (BVR), dem Bundesverband der Film- und Fernsehschauspieler (BFFS) und der ProSiebenSat.1 TV Deutschland GmbH (1.7.2013).<sup>34</sup>
- Vereinbarung zwischen dem Berufsverband Kinematografie (BVK) und der Constantin Film Produktion GmbH für Kameralente im Bereich Kinofilm (19.3.2014).<sup>35</sup>
- Vergütungsregelungen für Drehbuchautoren bei ProSiebenSat.1 (3.6.2014).<sup>36</sup>
- Gemeinsame Vergütungsregel zwischen dem Bundesverband der Film- und Fernsehregisseure in Deutschland e. V. und dem Zweiten Deutschen Fernsehen sowie der Allianz Deutscher Produzenten – Film- und Fernsehen e. V. (27.11.2014/8. bzw. 12.12.2014).<sup>37</sup>

<sup>29</sup> Abgedruckt bei *Hillig* (Hg.), *Urheber- und Verlagsrecht*, 15. Aufl. 2014, Nr. 7b; Dreier/*Schulze*, § 32 Rn. 38.

<sup>30</sup> [http://www.bmjv.de/SharedDocs/Downloads/DE/pdfs/Gemeinsame\\_Verguetungsregeln\\_in\\_Tageszeitungen.pdf?\\_\\_blob=publicationFile=Hillig](http://www.bmjv.de/SharedDocs/Downloads/DE/pdfs/Gemeinsame_Verguetungsregeln_in_Tageszeitungen.pdf?__blob=publicationFile=Hillig), aaO. Nr. 7c.

<sup>31</sup> <http://www.djv.de/startseite/info/beruf-betrieb/bildjournalisten/verguetungsregeln.html=Hillig>, aaO. Nr. 7d).

<sup>32</sup> Erwähnt bei *Katzenberger*, *Gemeinsame Vergütungsregeln als kollektives Instrument*, in *Obergfell* (Hg.), *10 Jahre Urhebervertragsrecht*, 2013, S. 57, 59, mit dem Hinweis, die Charakterisierung als Vergütungsregel sei problematisch; gegen eine Einstufung dieser und weiterer „Regelsammlungen“ als Vergütungsregel, P. *Weber*, ZUM 2013, 741, 743.

<sup>33</sup> Pressemitteilung des ZDF vom 2.8.2012, abrufbar über <http://www.presseportal.de/print/2299942-zdf-vereinbart-mit-autoren-und-produzenten-flexibles-verguetungssystem.html>. Auch hier ist der Charakter als Vergütungsregel möglicherweise problematisch, weil drei Beteiligte mit unterschiedlicher Interessenlage gebunden werden; erläutert bei P. *Weber*, ZUM 2013, 740, 743.

<sup>34</sup> [http://www.regieverband.de/de\\_DE/magazine/189288/index](http://www.regieverband.de/de_DE/magazine/189288/index).

<sup>35</sup> [http://www.kinematografie.org/kontakt/anhang/2014-04-25\\_12-25\\_GVR\\_BVK\\_CTV\\_2014001.pdf](http://www.kinematografie.org/kontakt/anhang/2014-04-25_12-25_GVR_BVK_CTV_2014001.pdf).

<sup>36</sup> <http://www.drehbuchautoren.de/nachrichten/2014/06/drehbuchautoren-vereinbaren-gemeinsame-verguetungsregeln-mit-prosiebensat1-tv-de>.

<sup>37</sup> Abrufbar unter [http://regieverband.de/de\\_DE/magazine/206353/index](http://regieverband.de/de_DE/magazine/206353/index).

Zum Teil sind Vergütungsregeln als Ergänzungen von bereits bestehenden Tarifverträgen formuliert worden, so beim

- Ergänzungstarifvertrag zwischen dem Schauspielerverband (BFFS), ver.di einerseits und der Produzentenallianz für unabhängig produzierte Kinoproduktionen andererseits (13.5.2013).<sup>38</sup>

In einigen Fällen gab es Schlichtungsverhandlungen, die nicht immer zum Erfolg führten, weil eine der Parteien im Schlichtungsverfahren dem Schlichterspruch widersprochen hat, so beim

- Einigungsvorschlag für eine Gemeinsame Vergütungsregel zwischen dem Berufsverband Kinematografie e. V. und der Constantin Television GmbH zu TV-Produktionen (19.3.2014).<sup>39</sup>

In anderen Fällen kam es zu Einigungen erst, nachdem Gerichte im Einzelfall Leitlinien zur angemessenen Vergütung formuliert hatten<sup>40</sup> und das Bundesverfassungsgericht diese Form der richterlichen Auslegung gebilligt hatte,<sup>41</sup> so im Falle der Übersetzer literarischer Werke.

- Gemeinsame Vergütungsregeln, ausgehandelt zwischen dem Verband Deutscher Literaturübersetzer und den Verlagen C. Hanser, München, Hanser Berlin, Nagel & Kimche, Frankfurter Verlagsanstalt (Joachim Unsel), Hoffmann & Campe Verlag, marebuch, Schöffling Verlag und Wallstein Verlag.<sup>42</sup>

Die lange Zeit, die seit Inkrafttreten des Stärkungsgesetzes verstrichen ist, aber auch die außerordentlich bunte Mischung an Verhandlungsergebnissen zeigen, dass das Gesetz den Abschluss von Vergütungsregeln zwar erleichtert, aber möglicherweise nicht befriedigend angereizt und ermöglicht hat. Im Schlussbericht der Enquête-Kommission „Kultur in Deutschland“ aus dem Jahr 2007 heißt es dazu bereits, „dass sich das Gesetz im Hinblick auf §§ 36, 36a UrhG in der vorliegenden Form nicht bewährt hat“.<sup>43</sup> Damit werden insbesondere Vorschriften kritisiert, die als Verfahrensregelungen vorrangig für eine Verbesserung der vertraglichen Stellung im Bereich der Vergütung sorgen sollten. Im dritten Zwischenbericht der Enquête-Kommission „Internet und Digitale Gesellschaft“ des Deutschen Bundestages aus

<sup>38</sup> <http://www.bfs.de/files/downloads/2013/05/Ergaenzungstarifvertrag-Erloesbeteiligung-Kinofilm.pdf>. Über den Charakter als gemeinsame Vergütungsregeln nach §§ 32 Abs. 4, 32a Abs. 4: *Diesbach*, in Peifer (Hg.), Urhebervertragsrecht, 2014, S. 85, 88.

<sup>39</sup> [http://www.kinematografie.org/kontakt/anhang/2014-04-25\\_12-25\\_GVR\\_BVK\\_CTV\\_2014001.pdf](http://www.kinematografie.org/kontakt/anhang/2014-04-25_12-25_GVR_BVK_CTV_2014001.pdf).

<sup>40</sup> Insbesondere BGHZ 182, 337 – Talking to Addison; BGH GRUR 2011, 328 – Destructive Emotions (beide zu literarischen Übersetzern).

<sup>41</sup> BVerfG GRUR 2014, 169 = AfP 2014, 50.

<sup>42</sup> [http://urheber.info/positionen/aktuelle-positionen/2014-03-31\\_verguetungsregeln-literaturuebersetzer-stimmten-zu](http://urheber.info/positionen/aktuelle-positionen/2014-03-31_verguetungsregeln-literaturuebersetzer-stimmten-zu); die Regeln sind abrufbar unter <http://www.literaturuebersetzer.de/download/uebersetzer/gvr-2014.pdf>.

<sup>43</sup> Schlussbericht, BT-Drucks. 16/7000, S. 265.

Urhebervertragsrecht in der Reform

Der "Kölner Entwurf" in Text, Erläuterung und Kritik

Peifer, K.-N. (Hrsg.)

2016, VII, 190 S., Hardcover

ISBN: 978-3-662-47502-7